

AM 26. MÄRZ  
SOZIAL WÄHLEN

# Links statt Schwarzgrün

Programm der Linken zur Kreistagswahl 2006

***DIE LINKE.***  
***Marburg-Biedenkopf***

# Links statt Schwarzgrün!

## Programm der Linkspartei (Die Linke.) zur Kreistagswahl am 26. März 2006

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Am 26. März sind Kreistagswahlen. Die BürgerInnen des Landkreises entscheiden, welche Partei in welcher Stärke im Kreistag vertreten sein wird. Bislang haben wir eine breite Koalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Bürger und FDP. Sie hat eine Politik des Privatisierens, Sparens und des Sozialabbaus betrieben. Neue Ideen bezüglich alternativer Energien wurden selbst von den Grünen blockiert; ihrer Politik des reinen Verwaltens sind wir stets mit vielen Anträgen begegnet, die sich politisch jedoch nicht durchsetzen ließen.

Im folgenden Kurzprogramm werden wir Ihnen die wichtigsten Punkte unserer politischen Arbeit vorstellen. Wenn Sie unsere Ziele in aller Ausführlichkeit kennen lernen wollen, klicken Sie bitte folgende Adresse im Internet an:

[www.linkspartei-marburg.de](http://www.linkspartei-marburg.de)

## Sozialpolitik: Gegen die Hartz IV-Demütigung!

Der Kreis hat das Optionsmodell übernommen, das heißt, er betreut die Hartz IV- Hilfeempfänger selbst.

Offiziell sind im Kreistag sieben Parteien vertreten. Bezogen auf die gegenwärtige Sozialpolitik sind aber nur zwei Parteien

zu erkennen: einerseits die Hartz IV-Befürworter, andererseits die Linkspartei. Die Politik des Sozialabbaus tragen wir nicht mit.

Deshalb fordern wir:

► Hartz IV muss weg!

Bei der Umsetzung von Hartz IV haben wir immer gefordert, die großen Spielräume, die das Gesetz einräumt, zugunsten der Betroffenen auszulegen und keine Politik der Kontrolle und des Sozialdumpings durch Ein-Euro-Jobs zu betreiben. Nach einem Jahr Arbeit des Kreisjobcenters sehen wir, dass die bereits im Vorfeld geäußerten Befürchtungen eingetreten sind.

So sind ABM-Maßnahmen auch per Gesetz vorrangig vorgesehen, der Kreis setzt jedoch ausschließlich auf Ein-Euro-Jobs. In diesen sehen wir kein Mittel, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Im Gegenteil: Ein-Euro-Jobs können in eine Art Zwangsarbeit münden. Sie verdrängen reguläre Beschäftigung und fördern Lohndumping und Sozialabbau.

Es ist dem Kreis nicht gelungen, das Konzept des integrierten Fallmanagements (je ein Sozialarbeiter und ein Verwaltungsbeamter betreuen gemeinsam die Arbeitslosen) zu realisieren. Durch die weitreichenden Kompetenzen eines Fallmanagers sind die Arbeitslosen seiner Willkür ausgeliefert. Von ihm ist abhängig, ob der Betroffene evtl. auch unter Zwang in einen Ein-Euro-Job vermittelt wird, ob die Frage der Bedarfsgemeinschaft kontrolliert wird, ob der Einzelne arbeitsfähig ist oder doch Sozialgeld bekommt usw.

Völlig unterschätzt wurde die Zahl der Hartz IV-Empfänger im Landkreis. Dies führte dazu, dass ein Fallmanager eine zu große Zahl an Arbeitslosen betreut; die Betroffenen werden wie

Akten verwaltet, es kommt zu keiner umfassenden Beratung und Weiterqualifizierung.

In zahlreichen Anträgen hat die Linkspartei die genannten Zustände kritisiert und zu ändern versucht.

Wir fordern,

- ▶ den existierenden Fachbeirat, der sich mit der Umsetzung des Kreisjobcenters befasst, paritätisch mit Betroffenen und Vertretern von Parteien und Verbänden zu besetzen (Bislang ist kein Betroffener in diesem Gremium vertreten.),
- ▶ Job-Tickets für alle Personen, die in Ein-Euro-Jobs tätig sind,
- ▶ keine Hausdurchsuchungen bei Betroffenen zwecks Beurteilung der Bedarfsgemeinschaft. Dieses Vorgehen zerstört das Vertrauensverhältnis zwischen Betreuer und Betreutem und verletzt das Persönlichkeitsrecht.

## **Natur- und Umweltschutz: kein „grünes“ Thema mehr**

Seit 2001 hat der Landkreis keine erkennbare Konzepte und Ziele im Bereich des Natur- und Umweltschutzes, was einst zu den Kernkompetenzen der Grünen gezählt hat. Die Grünen haben dieses Politikfeld völlig ihren Partnern (CDU, FDP, Freie Bürger) überlassen.

Wir fordern:

- ▶ Der Landkreis Marburg-Biedenkopf muss eine Klimaschutz- und Innovationsstrategie erarbeiten und umsetzen

zen. Hierbei sollte er sich an den Zielen orientieren, die in den „Perspektiven für Deutschland“, einer Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, durch die Bundesregierung dargelegt wurden.

## **Energie:**

Ein Konzept allein reicht nicht aus, es muss auch umgesetzt werden. Nützlich hierfür wäre die Einrichtung einer Energiestabsstelle, die ein Gesamtkonzept für die kreiseigenen Gebäude (z. B. Schulen) erarbeitet. Dieses muss u. a. folgende Maßnahmen umfassen: Sanierung der Gebäude, Einsatz von umweltverträglichen Baustoffen, Erneuerung überalterter Heizsysteme, Ausbau alternativer Formen der Energiegewinnung (Solaranlagen) usw.

Darüber hinaus sind Konzepte anzuregen, die das Bewusstsein von Schülern für Energiesparmaßnahmen wecken und ihnen entsprechende Verhaltensweisen vermitteln. Öko-Audit-Prozesse an den Schulen sind anzustreben.

## **Gentechnik:**

Auf kreiseigenen landwirtschaftlichen Flächen ist auf gentechnisch veränderte Pflanzen konsequent zu verzichten. Durch Gespräche und Werbemaßnahmen sollen die Landwirte im Landkreis Marburg-Biedenkopf für den Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen gewonnen werden.

## **Klimaschutz:**

Die Kommunalpolitik ist der klassische Ort für die Verwirklichung des Grundsatzes „global denken – lokal handeln“. Gro-

ße Vorhaben zur Neuordnung des Klimahaushalts, wie zum Beispiel die Agenda 21, sind nur durch diesen Ansatz zu verwirklichen. Dabei gilt es von anderen zu lernen.

Wir fordern:

- ▶ Der Landkreis Marburg-Biedenkopf möge zum Klimabündnis beitreten.

## **Verkehr: Wie ohne Auto überleben?**

Die vorhandenen Verbindungen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sind auch in Marburg-Stadt unzureichend; auf den Landkreis bezogen sind sie katastrophal. Mehrere Gemeinden sind mit der nächsten Stadt mit nur zwei oder drei Anschlüssen pro Tag verbunden. Darüber hinaus können sich Hartz IV-EmpfängerInnen und/oder DurchschnittsrentnerInnen eine Fahrt nach Marburg mit öffentlichen Verkehrsmitteln kaum noch leisten.

Ein gutes ÖPNV-Angebot im Sinne der Daseinsvorsorge erfordert eine entsprechende Finanzierung. Der Landkreis sollte eine soziale Staffelung der Tarife finanziell ermöglichen.

Auch die vom alten ÖPNV angestrebte Verbesserung der Umweltqualität durch Ausbau der Angebotsstruktur soll vom Kreis bei der Umsetzung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes Berücksichtigung finden. Andernfalls wird ein weiterer Baustein für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik zerstört.

In Bezug auf die Bahn ist von immenser Bedeutung, die noch vorhandenen Gleiskörper und Bahntrassen im Landkreis Marburg-Biedenkopf zu erhalten und evtl. auch mit alternativen Betreibern erneut zu nutzen.



### 1. Anna Hofmann

geb. 1981, Studentin, Fraktionsvorsitzende der Linken im Kreistag

### 2. Herwig Selzer

geb. 1958  
Betriebsratsvorsitzender  
Lebenshilfe Gießen



Bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans müssen Linienbündelungen so ausgeschrieben werden, dass kleine Unternehmer bei der Vergabe nicht ausgeschlossen werden.

Wir fordern

- ▶ ein flächendeckendes ÖPNV-Angebot, das die Menschen sich auch leisten können.

## Haushalt: BürgerInnen aktiv beteiligen!

Die Verabschiedung des Haushalts ist die wichtigste verbriefteste Aufgabe des Kreistags. Zugleich ist der Etat selbst für einige Abgeordnete oft ein Buch mit sieben Siegeln. Dabei ist es wichtig, dass möglichst alle Bürgerinnen und Bürger an seiner Erstellung beteiligt werden.

Wir fordern daher,

- ▶ einen BürgerInnenhaushalt einzurichten, um die BürgerInnen aktiv in Diskussionsforen einzubeziehen,
- ▶ eine Erläuterung des Haushalts, so, dass er allgemein



### 3. Heidi Boulnois

geb. 1958  
Angestellte, Kreis-  
vorsitzende der WASG



### 4. Bernd Hannemann

geb. 1950  
Sozialarbeiter

verständlich wird,

- ▶ eine Konsultierung der BürgerInnen insbesondere bei der Behandlung von Themen, für die der Landkreis aktiv finanzielle Mittel einsetzt. Das sind 1. die betreuten Grundschulen; 2. die Einführung eines „Kreispasses“ mit Vergünstigungen für materiell benachteiligte Personen; 3. die Frage, ob der Kreis die vom Land gekürzten Mittel für soziale Sicherung (von der Drogen- bis zur Schuldnerberatung) ausgleicht.

## Privatisierung stoppen!

In den letzten fünf Jahren wurde mit Zustimmung aller Parteien – ausgenommen die Linkspartei – öffentliches Eigentum des Kreises verkauft.

Die EAM-Aktien wurden größtenteils an E.ON veräußert. Die Schulen des Landkreises sollten verkauft und zurückgemietet werden („sale-and-lease-back“), was beispielsweise einer reichen Erbgemeinschaft eine Menge an Steuern gespart hätte.

Dies scheiterte, weil das Land Hessen Steuermindereinnahmen befürchtete und das Vorhaben stoppte.

Jetzt stehen die Sparkassen zur Disposition. Tritt das neue Sparkassengesetz in Kraft, kann auch die Sparkasse Marburg-Biedenkopf verkauft werden. Bei einem Haushaltsdefizit von über 15 Millionen Euro jährlich im Kreis und einer überdurchschnittlich gut gehenden Sparkasse ist es nur eine Frage der Zeit, wann Politiker aus anderen Fraktionen auf die Idee kommen, die Sparkasse gegen Entschuldung des Landkreises zu verkaufen. Langfristig würde das jedoch eine der rentabelsten Einnahmequellen des Kreises zerstören.

Daher fordern wir

- ▶ den Erhalt der Sparkasse Marburg-Biedenkopf.

## **Schule und Ausbildung**

### **Die betreute Grundschule ausbauen**

Der Kreis finanziert die betreute Grundschule, d. h. die Betreuung der Grundschul Kinder vor und nach dem Unterricht. Dies soll Eltern auch in ländlichen Regionen ermöglichen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Nun soll diese Leistung an Schulen, an denen nur wenige Schüler betreut werden, abgeschafft werden und sich auf jene Orte verstärkt konzentrieren, an denen das Angebot rege abgefragt wird. Dies wird zu einer weiteren Ausdünnung der betreuten Grundschulen auf dem Gebiet des Landkreises führen und Eltern, die in Gemeinden ohne betreute Grundschule wohnen, vor große Probleme stellen. Diese Entwicklung ist im Interesse der Chancengleichheit im gesamten Landkreis abzulehnen.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Alle Standorte der betreuten Grundschulen sollen erhalten bleiben. Zusätzlich ist das Angebot auf weitere Standorte auszuweiten.

## **Schließungen von Schulen verhindern**

Das neue hessische Schulgesetz hat Richtgrößen (Klassen- und Jahrgangsstärken) festgelegt; bei Unterschreitung des Richtwerts soll die Schule geschlossen werden. Gerade ländliche Regionen – wie der Landkreis Marburg-Biedenkopf – haben mit dieser Umsetzung jedoch etliche Probleme: Die Konsequenz von Schulschließungen wären vielfach weite Anfahrtswege. Der Kreis sollte sich bei der Hessischen Landesregierung mit Nachdruck für den Erhalt aller Schulformen und -standorte auch über 2012 hinaus einsetzen. Zu große Klassen und Entfernungen, die mit dem Schulbus nicht innerhalb einer Stunde zurückzulegen sind, sind im Landkreis abzulehnen.

## **Landkreis und Universität**

Die Marburger Universität ist in ihrer Existenz bedroht. Der Hessischen Landesregierung sind die vielen Universitätsstandorte zu teuer geworden, deshalb plant sie, die Universitäten von Marburg und Gießen zu einer „Universität Mittelhessen“ zusammenzufassen. Die Schließung zahlreicher Studienfächer und die Privatisierung des Universitätsklinikums sind deutliche Vorboten dieses Vorhabens.

Für den Kreis hätte eine geringere Zahl an Studierenden nicht nur negative kulturelle, sondern auch wirtschaftliche Folgen: eine geringere Kaufkraft, den Verlust von Arbeitsplätzen, mehr

Leerstand von Wohnungen in den Gemeinden rund um Marburg.  
Deshalb fordern wir:

- ▶ Der Kreis sollte sich bei der Hessischen Landesregierung mit Nachdruck für den Erhalt der Universität Marburg als Volluniversität einsetzen.

## **Auch unser Landkreis wird älter**

„Altenarbeit“ beginnt nicht erst mit dem Rentenalter und wird zukünftig einen noch größeren Stellenwert im Leben der Gemeinden einnehmen. Die zunehmende Zahl älterer Arbeitsloser stellt den Landkreis vor neue Herausforderungen.

Wir fordern:

- ▶ Das Kreisjobcenter soll sich verstärkt um die Vermittlung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze an über Fünfzigjährige bemühen. Es geht nicht an, dass Arbeitnehmer mit 50 Jahren arbeitslos werden und erst mit 67 Jahren in ungekürzte Rente gehen können.
- ▶ Menschen, die altersbedingt aus dem Erwerbsleben aus-



**5. Ulrike  
Grünheid**

geb. 1944  
Politologin



**6. Otto Becker**

geb. 1935  
Rentner

geschieden sind, sollten in speziell dazu eingerichteten Beratungsstellen gebündelte Angebote zur aktiven Lebensgestaltung erhalten. Auch im Falle materieller Not (etwa bei eintretender Pflegebedürftigkeit) sollten Senioren, aber auch deren Angehörige, hier kompetente Ansprechpartner finden.

- ▶ In Gemeinden sind gemeinsame Wohnprojekte für Jung und Alt zu fördern. Öffentliche Foren, die sich mit neuen Anforderungen an Altenarbeit beschäftigen und entsprechende Maßnahmen vorschlagen, sollten in den Gemeinden ein fester Bestandteil sein. Unter Einbeziehung ortsansässiger Experten sind Standards und Modelle zu erarbeiten.

## **Frauen und Männer**

Alle Vorlagen der Kreisverwaltung, darunter auch der Jahreshaushalt, sollen nachvollziehbare Angaben darüber enthalten, welche Auswirkungen sie auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage von Frauen und Männern haben.

Einmal jährlich soll im Rahmen einer Sitzung des Kreistags über einen Bericht der Frauenbeauftragten diskutiert werden. Dabei ist zu bilanzieren, ob und welche Fortschritte erreicht wurden bei dem Versuch, im Bereich der Kreisverwaltung Gleichberechtigung zu verwirklichen.

## **Gegen Rechts**

Auch in unserem Landkreis wurden Naziaufmärsche und rechte Propaganda wieder zum aktuellen Thema – als die NPD Gla-

denbach zu ihrem Aufmarschzentrum bestimmte. Der Kreis sollte aus diesem Anlass verstärkt Geld für die Unterstützung antifaschistischer Initiativen bereitstellen.

Schülerinnen und Schüler werden in vielen Unterrichtseinheiten über den Faschismus und den Zweiten Weltkrieg informiert. Was jedoch vor Ort in den Gemeinden, Städten und im Kreis passierte, erfahren sie in der Schule nicht. Dieses Defizit gilt es zu beheben.

Deshalb fordern wir:

- ▶ In allen Schulbüchereien des Landkreises soll die mittlerweile reichhaltige Literatur über Verfolgung und Widerstand in unserer Region zur Lektüre angeboten werden. Der Kreisausschuss sollte dort, wo es nötig ist, materielle Hilfestellung leisten.
- ▶ In ganz Deutschland beteiligen sich Bürgerinnen und Bürger an dem Projekt „Stolpersteine“: Vor Gebäuden, in denen Menschen lebten, die 1933 – 1945 verfolgt wurden, werden Pflastersteine mit Gedenkplaketten eingelassen.
- ▶ Wir treten dafür ein, dass auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf solche „Stolpersteine“ gesetzt werden, um sichtbar zu machen, wie viele Menschen auch in unserer Region dem Faschismus zum Opfer fielen.

## **Fünf Jahre Mammutkoalition: ein Resümee**

Das öffentliche Ansehen des Kreistages ist nicht sehr hoch. Und vielleicht zu Recht: Zweimal – 2003 und 2004 – fiel eine Sitzung aus, da lediglich Anträge der Linkspartei auf der Tages-

ordnung standen und man deshalb die Kosten für eine Sitzung sparen wollte. Doch selbst wenn der Kreistag zusammenkam, ging er oft nach kurzer Zeit wieder auseinander. Die Sitzung seines wichtigsten Ausschusses, des Haupt- und Finanzausschusses, brachte es schon einmal auf eine Rekord-Kürze von 15 Minuten.

Was ist da los?

Die Mammutkoalition aus CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Freien Bürgern ist sich zumeist sehr einig. Doch auch von der SPD gibt es kaum echten Widerspruch. Sie brauchte lange, um dem Machtverlust zu verkräften und sich in die Oppositionsrolle zu fügen. Zeitweise stellte sogar die Linkspartei mit ihren nur zwei Abgeordneten mehr Anträge als die SPD.

Die Republikaner haben es in den vergangenen fünf Jahren nur auf nur zwei Anträge gebracht, sich so gut wie nie geäußert und meistens mit den Koalitionsparteien gestimmt.

Visionen, Konzepte jenseits eines bloßen Verwaltens hatte keine der anderen Parteien anzubieten.

Für eine sozialverträgliche, alle Spielräume zugunsten der Betroffenen nutzende Umsetzung der Hartz IV-Regelung, für eine Wende in der Verkehrspolitik, für eine brauchbare Strategie, den Energieverbrauch zu optimieren, für die Beteiligung der BürgerInnen am Haushalt des Landkreises trat lediglich die Linkspartei ein.

Sie entscheiden nun darüber, in welcher Stärke wir unsere Arbeit fortsetzen. Wenn Ihnen unser Konzept und unsere Vision des Kreises gefällt:

**Wählen Sie Liste 7: Die Linke.**

# Unsere KandidatInnen für den Kreistag

- 1 Anna Hofmann
- 2 Herwig Selzer
- 3 Heidi Boulnois
- 4 Bernd Hannemann
- 5 Ulrike Grünheid
- 6 Otto Becker
- 7 Inge Sturm
- 8 Ulrich Rupp
- 9 Inge Cernaj
- 10 Hans-Joachim Zeller
- 11 Bärbel Schwarz
- 12 Hartmuth Lehmann
- 13 Inga Philipp
- 14 Marcus Müller
- 15 Karin Wölfer
- 16 Ludwig Luttrupp
- 17 Gaby Küppers
- 18 Wilfried Amediek
- 19 Anka Britzkow
- 20 Gero Vogel
- 21 Birgit Schäfer
- 22 Geronimo Bittner
- 23 Irmenlind Kolbe
- 24 Jürgen Helmut Keuchel
- 25 Ulrike Eifler
- 26 Matthias Blöser
- 27 Maria Röhm
- 28 Horst Ries
- 29 Petra Schlag
- 30 Andreas Groß
- 31 Susanne Wrona
- 32 Erich Fresenborg
- 33 Halise Adsan
- 34 Markus Wöhr
- 35 Marlies Bauß
- 36 Markus Karger
- 37 Hannah Bartz
- 38 Michael Wickermann
- 39 Karla Schrader
- 40 Pablo Graubner
- 41 Conny Weißbach
- 42 Dirk Ballerstädt
- 43 Ruth Wangerin
- 44 Nils Bonacker
- 45 Astrid Kolter
- 46 Jan Schalauske
- 47 Renate Bastian
- 48 Eckhard Kohn
- 49 Eva Gottschaldt
- 50 Michael Weber
- 51 Sigrun Valentin-Bette
- 52 Prof. Dr. Eckhard Rohrmann
- 53 Heinrike Kloepfer
- 54 Stefan Schmalz
- 55 Dr. Erika Gartmann
- 56 Dietrich Hinterweller
- 57 Reiner Radke
- 58 Johannes Linn
- 59 Michael Weber
- 60 Christian Kraus
- 61 Thomas Lühr
- 62 Bernd Wangerin
- 63 Steffen Niese
- 64 Dr. Hartwig Weber
- 65 Prof. Dr. Lutz Heusinger
- 66 Peter Böcher
- 67 Reiner Boulnois
- 68 Manfred Ostler
- 69 Mike Carrie
- 70 Ole Seidler
- 71 Reinhard Gies
- 72 Karim Brahmi
- 73 Marco Geis
- 74 Edgar Rathmann
- 75 David Salomon
- 76 Hartmut Lange
- 77 Hanno Wolff-Könings
- 78 Nico Biver
- 79 Pit Metz
- 80 Henning Köster-Sollwedel
- 81 Georg Fülberth-Sperling

# Die Linke in den Kreistag wählen!

In Hessen werden am 26. März die Kommunalparlamente neu gewählt. In den meisten Kreistagen und vielen Stadtverordnetenversammlungen werden die etablierten Parteien Platz machen müssen für linke Abgeordnete.

Die Linkspartei (Die Linke., früher PDS) und die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) haben während und nach der Bundestagswahl in Hessen einen großen Auftrieb erlebt. In fast 60 Kreisen und Städten treten beide Parteien - meist mit vielen anderen Linken - auf gemeinsamen Listen an. Insgesamt sind es über 1.400 KandidatInnen in ganz Hessen.

Auch zum Kreistag Marburg-Biedenkopf kandidieren wir gemeinsam - auf einer Liste der Linkspartei: 81 Mitglieder der Linkspartei, der WASG, der DKP und zahlreiche Parteilose.

2001 konnte die PDS mit einer offenen Liste zwei Sitze im Kreistag erringen. Wir wollen diese Zahl mindestens verdoppeln. Wir bitten deshalb darum, alle 81 Stimmen den KandidatInnen der Liste 7 zu geben.

Wir rufen dazu auf, auch die anderen linken Listen im Kreis zu wählen. In der Universitätsstadt kandidiert die Marburger Linke zum Stadtparlament und zu den Ortsbeiräten Ockershausen und Richtsberg. In Wetter sollten sie Ihre Stimmen den KandidatInnen auf der offenen Liste der Linkspartei geben.

## **DIE LINKE.**

### **Marburg-Biedenkopf**

Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg

E-mail: [info@linkspartei-marburg.de](mailto:info@linkspartei-marburg.de)

Tel.: 06421-163873, Fax 06421-175618

Spenden: Konto-Nr. 176 239 07

Volksbank Mittelhessen (BLZ 513 900 00)